

GERADE. RICHTIG.

18. September: CDU wählen

Das sagt die CDU zum Thema:

Mieten

Wohnungsmarkt und Mieten richten sich nach Angebot und Nachfrage. Der beste Schutz vor drastischen Mieterhöhungen ist deshalb eine ausreichende Anzahl von bezahlbaren Wohnungen, die auf die unterschiedlichsten Ansprüche der Berliner Mieterschaft ausgerichtet sind. Auf ganz Berlin bezogen gibt es zurzeit noch einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt. Trotzdem darf nicht übersehen werden, dass dies nach bisherigen Prognosen schon 2015 nicht mehr der Fall sein wird. In bestimmten Wohnungsteilmärkten und insbesondere in der Innenstadt übersteigt bereits heute schon die Nachfrage deutlich das Angebot. Deshalb fördern wir auch Wohnungsbauvorhaben im Bezirk, z. B. am Barbarossaplatz und an der Monumentenstraße. Zur Stabilisierung des Angebotes an Bauland wollen wir deshalb

- öffentliche Grundstücke kostenlos oder zu vergünstigten Preisen an öffentliche und private Bauherren vergeben, um damit den Quadratmeterpreis für den Neubau der Wohnungen zu verringern. Voraussetzung dafür sind entsprechende vertragliche Regelungen mit dem Bauherrn;
- dass darüber nachgedacht wird, zusätzliche Einfamilienhausgebiete mit dem Angebot bezahlbarer Grundstückspreise auf nicht mehr benötigten Industriebrachen in den Ortsteilen Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade für den Immobilienmarkt zu öffnen, denn Ein- und Zweifamilienhäuser genießen immer noch eine große Nachfrage in Berlin.



BERND KRÖMER.
Bezirksbürgermeister
für Tempelhof-Schöneberg.

CDU

Als aktiver Mieterschutz ist für unseren Bezirk der verlängerte Kündigungsschutz bei Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen gemäß Kündigungsschutzklausel-Verordnung (von drei auf sieben Jahre) weiterhin notwendig und zu erhalten. Darüber hinaus will die CDU für ganz Berlin die Umnutzung von Miet- in Ferienwohnungen einer strikten Reglementierung unterwerfen.

Für die von der fehlenden Anschlussförderung des Landes Berlin betroffenen Mieter des sozialen Wohnungsbaus sind dringend die Konditionen in einem Berliner Wohnraumförderungsgesetz festzulegen. Ohne Regelung droht Verdrängung im großen Stil, von der auch Mieter in unserem Bezirk betroffen sind.

Sollte in den nächsten Jahren eine weitere Verschlechterung des Wohnungsangebotes in Berlin einsetzen und die soziale Entmischung ganzer Stadtviertel drohen, ist die Anwendung von städtebaulichen und sozialen Umstrukturierungssatzungen entsprechend der Regelungen nach dem Baugesetzbuch zu prüfen.